

sunfall.
Bei der Durchfah
hinsichtlich durch Deut
eines Mil...
der Militär...
men, daß der Aufst
auf dem Mischwagen
verleht.
erleitet.
Kneipierhof gemeldet
ist worden, der seine
it der Art er...

Chamberlains.
Leidungen aus Genu
enden Nacht des eng
de Personen durch
ist worden. Shi

getöset.
ner Kohlenhaub
Bergwerk wurden si
steht.
neudem Gas geföet.
alines ist ein Ar
indem nachs durch
erleitet.

nen Menschen.
Aufsicht in
längeren Aufst
geht, wie der meiste
bleiben und als zu
daß der meiste
eine Hauptaufgabe
aus einem Gericht
ein Genüge ein
er geschnitten — oder
rühren Gemüße, ganz
und Spargel sind
schicklich gele es sich
Büchse. Muffen
dem meiste früh
seine Haupt
mindestens 4 Gaa
daß er täglich eine
lungen und Werten.
An Appetit alle
funktionieren mit
eines Lebensweckes
verloren.

ingen.
Erklärung.
Nachricht des
aus parlamentar
eutschnationalen die
Mittelpunkte festlich
rumpst. Sie er
arg nunmehr seine
Programme auf
ausführlichen Anst
den Richtlinien, die
bedeuten, eingehend

fanterialer.
orgen wüßte in der
des Infanterie-Regi
des Schab den
worden ist. Der
ihre Pläne in dem
und vertriebe
Gebäude. Vor allem
den Soldaten
Batterie des Train
Wenigen Stroh der
er Schaden, der in
rd auf über 30 000
re und Spargel
des Trainposten
dient worden. Ein
re Nachverfolgung.

Rheider Volkszeitung
Kreblatt des
Stadtkreis Bocholt
Hemlicher Angelegen
des Landratsamtes,
von Bürgermeistern
Ämtern und Ämtern
des Kreises Vorste.
Organ
der Zentrumspartei

Bocholter - Borkener

Volksblatt

Anholt-Melburger Zeitung
Seit 1840:
Boholt, Melburger.
Jahrgang 92 und 97.
Herausg.: J. Heintze.
Anholt: W. Wollf.
Verth: Th. Wörre.
Verlagsort:
Dortmund 1.

Nummer 23

Montag, den 24. Januar

Jahrgang 1927

Die Pflicht ruft.

Von
Joseph Andre, M. d. R.

Mit Schlagworten kann man Menschen aufwecken, aber keine praktische Politik machen. Die Zentrumsführung des Reichstages hat auf Grund ihrer Mittelstellung die Aufgabe, den Erfordernissen des Tages und der deutschen Republik Rechnung zu tragen, indem sie dafür sorgt, daß eine ordnungsgemäße Regierung vorhanden ist. Erst das Reich, dann das Parteiinteresse!

Nachdem ich feststellen, daß die letzte Regierungsführung vom Führer der Deutschen Volkspartei verursacht und von der Sozialdemokratie praktisch herbeigeführt worden ist. Die sozialdemokratische Fraktion hat seinerzeit das Kabinett Dr. Brüch geführt, und sie war es auch, die gegenüber dem letzten Kabinett Dr. Brüch den Mißtrauensantrag eingebracht hat. Sie mußte dabei in Rechnung stellen, daß die Deutschnationalen für diesen Mißtrauensantrag stimmen würden. Ob nach dem Verlust der Regierungsführung die sozialdemokratische Fraktion dieselbe Politik noch einmal einschlagen würde, (Scheidemann-Neben und Mißtrauensantrag) darf nicht bezweifelt werden. Das Regierungsführen ist leichter, als eine neue Regierung auf die Beine zu stellen.

Die Zentrumsführung hat sich in den letzten Wochen und Tagen ehrlich und entschlossen bemüht, eine den Anforderungen der deutschen Republik entsprechende Regierung zusammenzubringen. Sie hat ein Kabinett Dr. Brüch abgelehnt, weil damit einer starken Reichsentwicklung in der politischen Führung der Regierung gehindert worden wäre. Sie hat sich sodann bemüht, ein Kabinett der Mitte mit sozialdemokratischer Unterstützung zusammenzubringen. Der Versuch ist nicht am Sozialdemokratie, sondern an den anderen Mittelparteien gescheitert. Deshalb hat sie unter der weiteren Vertiefung, unter der Duldung der Reichsregierung ein neues Kabinett der Mitte zu schaffen; hierauf gingen die Deutschnationalen nicht ein. Das Bemühen, ein reines Kabinett der Mitte ohne Bindung nach links oder rechts zusammenzubringen, mußte von Dr. Brüch ebenfalls aufgegeben werden.

Nach all diesen vergeblichen Bemühungen ist Reichstagspräsident Dr. Brüch in dem beschlossenen Schreiben des Reichspräsidenten aufgefordert worden, unter Führung des Zentrums ein Kabinett zu bilden, das sich auf eine Mehrheit der bürgerlichen Parteien stützen soll.

Der Brief des Reichspräsidenten hat, je nach der Parteistellung, Kritik oder Zustimmung erfahren; Bedenken verfassungsrechtlicher und allgemeiner politischer Art wurden dagegen geltend gemacht. Es ist nun gewiß nicht notwendig, jedes Wort des Briefes des Reichspräsidenten auf die Goldwaage zu legen, richtig freilich ist, daß man etwas verwundert ist, daß der Reichspräsident nur an das Zentrum die Aufforderung richtet, mit rechts zu arbeiten, während eine gleiche Aufforderung zuvor an die Deutsche Volkspartei nicht ergangen ist. Ein Appell an das vaterländische Empfinden des Zentrums bedarf es sicherlich auch nicht. Das Zentrum hat in den letzten acht Jahren seit dem Zusammenbruch Tag für Tag vaterländisch gehandelt. Dessen ist ganz Deutschland Zeuge. Andererseits muß man sagen, daß, wenn der Reichspräsident diese mehr auffallende oder mehr feierliche Form gewählt hat, dies wohl deshalb geschah, um zu erreichen, daß Herr Brüch, nachdem er mit seinen bisherigen Versuchen einer Kabinettsbildung gescheitert war, einen Neuanfangsboden für weitere Verhandlungen bekam. Dabei kann man wohl annehmen, daß der Ausdruck „bürgerliche Parteien“ besser unterblieben wäre. Schließlich ist aber auch der Reichspräsident mit dazu beizutragen, daß für eine arbeitssame, leistungsfähige und starke Regierung vorhanden ist. Die breiten Massen des werktätigen Volkes in Stadt und Land werden sich weniger an den Inhalt des Briefes des Reichspräsidenten stoßen, als daran, wenn der Reichstag im Beistand der parlamentarischen Systeme in wochenlangen Verhandlungen sich aufzustehen erweisen sollte, eine brauchbare Regierung überhaupt zusammenzubringen.

Im Zentrum hat kein politisch denkender Mensch seitdem den Standpunkt vertreten, daß nur eine Koalition mit der Linken in Frage kommen dürfe und daß sich das Zentrum nie und nimmer mit der Rechten koalieren könne. Ein derartig politisch eingestelltes Zentrum würde damit seinen Charakter als Mittelpartei selbst preisgeben und damit zugleich die Idee, daß die politische Mitte staatsdienliche Aufgaben zu erfüllen hat, verfliegen.

Auch die Frage verdient einmal beantwortet zu werden, ob denn die deutsche Sozialdemokratie wirklich ein unbedingt zuverlässiger Träger der heutigen demokratischen deutschen Republik ist. Die Sozialdemokratie der Weimarer Koalition war eine andere Partei, als die heutige Sozialdemokratie. Seit Weimar — hat sich die Mehrheit sozialdemokratischer mit den frühesten unabhängigen Sozialdemokraten vereinigt; d. h. die Abgeordneten der beiden Fraktionen haben sich zu einer Fraktion zusammengeschlossen; die Wähler der „Unabhängigen“ ist aber weitgehend zu den Kommunisten abgewandert. So kommt es, daß ein

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung.

Marg wünscht größte Beschleunigung

Von unserer Berliner Redaktion.

Man nimmt in politischen Kreisen an, daß Dr. Marg bei den am Montag vormittag beginnenden offiziellen Verhandlungen mit den Parteiführern bereits die Richtlinien des von ihm zu bildenden neuen Reichskabinetts vorlegen wird. Es ist selbstverständlich, daß diese Richtlinien, auf deren Basis die neuen Verhandlungen geführt werden sollen, sich auf das kürzlich ausgearbeitete Zentrumsprogramm stützen.

Am Samstag mittag hatte Dr. Marg in Ausführung des ihm vom Reichspräsidenten gewordenen Auftrages zunächst eine Aussprache mit den Reichsministern Dr. Brüchmann und Dr. Brauns. Im Laufe des Nachmittags empfing er hintereinander die Abgeordneten Reich, Erkelens und Dr. Haas von der Deutschen Demokratischen Partei, den Abgeordneten Prälaten Reich von der Bayerischen Volkspartei und die Abgeordneten Graf Westarp und Wallraf von der Deutschnationalen Volkspartei. Schließlich unterrichtete der Kanzler noch die Zentrumsabgeordneten v. Guérard und Stegerwald über seine bisherigen Verhandlungen, die nur die sachliche Möglichkeit einer bürgerlichen Mehrheitsregierung betrafen. Ueber Personfragen wurde heute nicht gesprochen.

Die Demokraten Reich, Erkelens und Dr. Haas machten Dr. Marg Mitteilung von einem demokratischen Fraktionsbeschluss, der es für wünschenswert erklärte, daß der Inhalt des Manifestes der Zentrumsfraktion allen Parteien, auch den Sozialdemokraten vorgelegt würde, damit sie die Möglichkeit hätten, sich dazu zu äußern. Der Reichstagskanzler hat, wie verlautet, diese Anregung wohlwollend aufgenommen und sich in dem Sinne geäußert, daß er selbst schon ähnliche Absichten gehabt habe. Auf diese Frage, ob die Demokraten sich an der von ihm beabsichtigten Regierungsbildung beteiligen würden, wurde

ihm von den demokratischen Führern geantwortet, daß sie zu Verhandlungen bereit seien, falls die Richtlinien des Zentrums von allen in der Regierung vertretenen Parteien als Mindestprogramm anerkannt würden. Der Führer der bayerischen Volkspartei Reich sagte Dr. Marg die Beteiligung seiner Fraktion an der Regierungsmehrheit zu.

Die offiziellen Besprechungen des Reichstagskanzlers mit den Deutschnationalen beginnen am Montag vormittag um 10 Uhr. Von den Deutschnationalen sind folgende Wortführer bestimmt, die die Fraktion bei den Verhandlungen vertreten sollen: Die Abgeordneten Graf Westarp, Wallraf, Rippel, von Goldacker und der politische Beauftragte der Partei, Trevisan.

Ueber den Zeitpunkt, bis zu dem evtl. die neue Regierung fertig sein kann, sind sehr verschiedene Meinungen verbreitet. Dr. Marg hat jedenfalls den Wunsch, die Verhandlungen mit größter Beschleunigung zu Ende zu führen und reifliche Klarheit zu schaffen. Mit Rücksicht auf die Wahlen in Thüringen, die bekanntlich auf den nächsten Sonntag, den 30. Jan., angesetzt sind, sollte der Reichstag seine Sitzungen vom 26. bis 31. Januar unterbrechen, d. h. also, daß bereits am Mittwoch keine Plenarsitzung mehr stattfinden soll. Man staut aber auf Mittel und Wege, um trotz der kurzen parlamentarischen Pause die Reichstagsfraktionen verhandlungsfähig in Berlin zu halten. Eine am Montag mittag einberufene Sitzung des Reichstages wird sich mit dieser Frage beschäftigen.

Ein westdeutsches Blatt hat die Behauptung aufgestellt, daß der Brief des Reichspräsidenten vor seiner Abfertigung Dr. Marg mit dem Reichstagskanzler Dr. Marg besprochen worden sei. Wie das Nachrichtenbüro des B. D. L. auf Anfrage von zuständigen Stellen erklärt, ist diese Behauptung falsch. Der Reichstagskanzler hat von dem Brief und Inhalt des Briefes vor seiner Abfertigung keine Kenntnis gehabt.

Die Verhandlungen über die deutschen Dispositionen.

Paris, 23. Jan. Nach dem „Reit Parisien“ sind die in Paris geführten Verhandlungen über die Dispositionen an der deutschen Front auf dem Wege.

Tagesfragen.

Im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht Dr. Brüch längere an die Deutschnationalen gerichtete Bemerkungen zum Manifest der Zentrumsfraktion, das bekanntlich unter seiner Mitwirkung verfaßt worden ist. Er kündigt jeder deutschen Regierung, die nicht feierlich und ernst zur deutschen Republik und ihren Symbolen steht, entschiedene Opposition an und betont, daß auch die Frage „Deutschland und die anderen Nationen“ von ähnlichem Gewicht sei. Unverständlich ist es uns, warum Dr. Brüch ausgerechnet wieder im „Berliner Tageblatt“ das Wort ergreifen muß, in einem Blatt, das dabei noch der jüngsten Wendung in der Regierungskrise scharf ablehnend gegenübersteht. Dr. Brüch hat dem Beschluß der Zentrumsfraktion, der dem Reichstagskanzler Dr. Marg den Beginn der Verhandlungen mit den Deutschnationalen ermöglichte, zugestimmt. Er betont das auch in seinem Artikel. Um so befremdender wirkt es, daß er als Sprachrohr ein Organ benutzt, das größtes Interesse an der Beteiligung der Absichten der Zentrumsfraktion bekundet. Wir sehen seinen Grund, warum nicht die Bemerkungen Dr. Brüchs in einem Zentrumsblatt veröffentlicht werden konnten.

Die „Kreuzzeitung“ hat die Bedeutung des Zentrumsmanifestes dadurch abzuschwächen versucht, daß sie davon redete, daß in der Fraktion zwei Entwürfe vorgelegen hätten, der eine von Brüch und Zos, der andere von Brauns, und sie wirft die Frage auf, welcher von beiden nun angenommen worden sei. Wir erklären dazu auf das bestimmteste, daß es sich nur um einen einheitlichen gemeinsamen Entwurf handelte, daß man lediglich aus politischen und sachlichen Gründen die allgemeinen Richtlinien der Zentrumsfraktion vorkam und das soziale und wirtschaftliche Programm anfügte. Die Auffassung und die Annahme dieses einen Entwurfs geschah vollkommen einheitlich.

Es hat in den letzten Tagen aus den verschiedensten Parteien heraus an Versuchen nicht gefehlt, das Zentrum auszulandern und zu isolieren. Man hat die unsinnigsten Gerüchte erfunden, sie in die parteipolitischen Debatten geschleudert mit dem offensichtlichen Ziele, dem Zentrum immer wieder neue Schwierigkeiten zu machen u. in ihm Gegenstände hervorzuheben. Andererseits hat man mit solchen Gerüchten aber auch von rechts nach links sich die Wälle angeworfen mit dem Bestreben, die taktische Situation des Zentrums zu erschweren. Man braucht nur an das von uns bereits zurückgewiesene tödliche Gerücht zu erinnern, wonach der Runtus Pacelli auf die Stellung des Reichstagskanzlers eine Einwirkung verübt habe. Man muß schon lange zurückgehen in der politischen Geschichte, um eine ähnliche dumme und zugleich dreiste Mauthausenart zu finden. Eine besondere Note hatte die gestern bereits erwähnte Meldung der „Kreuzzeitung“ und „Welt“, die von bestimmten Verhandlungen und Abmachungen zwischen mit Namen genannten Abgeordneten der Zentrumsfraktion und der Deutschnationalen Volkspartei in der Zeit des Breslauer Ratholikenkongresses sprach. Dr. v. diesem Blatt erwähnten Herren, Minister Dr. Brauns und Prälat Haas, haben die „Germania“ zu der Erklärung ermächtigt, daß die behaupteten Verhandlungen zu keinem Zeitpunkt und an keinem Ort stattgefunden haben und daß infolgedessen auch die weitere Behauptung, Reichstagskanzler Marg über das Ergebnis dieser Verhandlungen unterrichtet worden, vollständig unrichtig und unwahr ist. Zugleich wird von deutschnationaler Seite erklärt, daß die von dem Röntner Blatt genannten Abgeordneten Wallraf und Freiherr v. Stauffenberg weder in Breslau zur Ratholikenkongresse gewesen seien, noch Besprechungen kulturpolitischer Art mit Mitgliedern der Zentrumsfraktion oder hohen geistlichen Würdenträgern gehabt hätten. Es ist für den Kulturkampfgeist des Liberalismus bezeichnend, daß trotz dieser klaren Dementis in volksparteilichen Kreisen weiter die Behauptung aufrechterhalten wird, daß schon seit langem, ehe überhaupt die Verhandlungen über die Beteiligung der gegenwärtigen Regierungskrise begonnen hätten, Besprechungen von erheblicher politischer und kulturpolitischer Tragweite zwischen einflussreichen katholisches Kreisen des Zentrums und der Deutschnationalen unter Beteiligung des hohen Klerus gepflogen worden seien und daß nur die bei diesen Gesprächen erzielte Einigung dem Zentrum die Möglichkeit gegeben habe, während der Krisenverhandlungen so schnell sein Steuer von links nach rechts herumzuwerfen. Die „Kölnische Zeitung“, die diese Behauptung veröffentlicht, ist das Blatt, das am meisten das Zentrum in die Koalition mit den Deutschnationalen hineinzudrängen suchte. Jetzt aber, wo das Zentrum sich entschlossen hat, Verhandlungen in diesem Sinne aufzunehmen, da genügt Traisch und Klatsch

Kabinettsitzung über die Mittelpunktverhandlungen.

... Berlin, 22. Jan. Wie wir erfahren, hat der zwischen Dr. Clobius und den Sachverständigen der Interalliierten Militärkontrollkommission vereinbarte Text des Entwurfs zum Kriegsgerätesgesetz am Samstag vormittag den Gegenstand eingehender Beratungen des Reichskabinetts gebildet. Nachdem der Entwurf, was wohl sicher anzunehmen ist, die Zustimmung der Reichsregierung gefunden hat, wird er nach Paris an die Vorkonferenz abgesandt werden.

In dem Bestreben, die Verhandlungen über die Mittelpunktverhandlungen noch vor dem 31. Januar zum Abschluß zu bringen, hat die deutsche Regierung bei der Festlegung der Gesetzesbestimmungen ein sehr weitgehendes Entgegenkommen gezeigt, so daß erwartet werden darf, daß auch die Vorkonferenz ihre Zustimmung zum Entwurf geben wird. In diesem Falle würde er dann den gesetzgebenden Körper-

nicht unerheblicher Teil der deutschen Sozialdemokratie in der heutigen Republik nur eine Lebergangsfunktion auf dem Wege zum sozialistischen Staat sieht. So ist es z. B. in den letzten Jahren wiederholt vorgekommen, daß bei sozialdemokratischen Straßenkundgebungen zugunsten der Republik oder am ersten Mai auch rote Fahnen herumgetragen wurden, so zwar, daß das Banner „Schwarz-rot-gold“ direkt in den Hintergrund trat. Damit haben sozialdemokratische Kreise in ihrer Art und von ihrem sozialdemokratischen Standpunkt aus das selbe getan, was sie dem Grafen Westarp zum Vorwurf machen.

Die Rede des Grafen Westarp, in der er seine Sehnsucht nach der früheren Staatsform Ausdruck gab, war ebenso verfehlt, wie die Haltung jener Sozialdemokraten, die die gleichzeitig Träger und Beschützer der Republik sein wollten und dabei die rote Fahne schwenkten. Wenn daher eine andere Regierungsbildung nicht möglich ist und die Not der Zeit und der parlamentarische Lage ein Zusammengehen mit der Rechten notwendig machen sollte, so kann die Rede Westarps politisch auch nicht mehr bewertet werden, als die Rede Scheidemanns. Auffallend ist freilich, daß die Deutsche Volkspartei mit den Sozialdemokraten nicht gehen zu können erklärt wegen der Rede Scheidemanns, während die Rede Westarps für sie schon gar nicht mehr existiert. Wir müssen uns indessen doch wohl auch daran gewöhnen, daß die Rede eines Parteimanues noch lange nicht die Partei als solche festlegen braucht. Wenn man diesen Grundfahne aufstellt, muß man ihn aber auch nach beiden Seiten gelten lassen. Das Zentrum wird nur einer Regierung vertrauen, die im Rahmen des bestehenden republikanischen Staates dem Volkspazien zu dienen gewillt und fähig ist. Eine akute Gefahr für die Republik besteht zur Zeit überhaupt nicht. Wenn aber die Regierungskrise sich noch weiter längere Zeit hinziehen sollte, so schadet ein solcher Zustand dem Ansehen des Reichstages, dem parlamentarischen System und der Republik mindestens so viel oder noch mehr, als die Beziehung der Deutschnationalen zur verantwortlichen Mitarbeit im Dienste der Republik, vorausgesetzt selbstverständlich, daß die Deutschnationalen sich zu diesem Stande und zu seinem Schutz bekennen und sie Willens sind, ehrlich die bisher geführte Politik nach innen und namentlich nach außen fortzuführen. Die sozialpolitische Gesetzgebung der letzten Jahre, insbesondere der Wiederanbau der sozialen Versicherungsanstalten, ist zudem weitgehend mit den Rechten parteilich gemacht worden. Nachdem sich nicht daran zu denken, daß durch das Zusammengehen des Zentrums mit der Rechten die beiden großen Sozialgesetzgebungen (Arbeitslosenversicherung und Arbeitsbeschäftigung) etwa zurückgeworfen werden könnten; genau so liegen die Verhältnisse auf anderen Gebieten.

So steht die Zentrumsfraktion vor den Fragen: 1. Soll den Reichsparteien allein die Regierungsbildung übertragen werden? 2. Ist es nicht besser und nützlicher, wenn das Zentrum bei einer politischen Orientierung nach rechts die Führung in der Hand behält? 3. Würde eine Reichstagsauflösung eine solche Wendung in der Zusammenfassung der Fraktionen bringen, daß nachher die Regierungsbildung erleichtert oder etwa die Weimarer Koalition wieder hergestellt werden könnte?

Die letztere Frage wird allseitig verneint; durch eine neue Reichstagswahl würde keine Gleichrichtung der politischen Lage geschaffen. Würde aber eine Reichsregierung ohne Zentrum gebildet, so müssen wir doch die politische Verantwortung mittragen. Deshalb ist es besser, wenn die politische Führung beim Zentrum verbleibt. Selbstverständlich muß die Zentrumsfraktion vor der Kooperation mit der Rechten sich die erforderlichen politischen Sicherungen verschaffen; werden diese gegeben, so muß die Fraktion aus Grund des parlamentarischen Systems die notwendigen Konsequenzen ziehen. Die deutsche Republik muß eine leistungsfähige Regierung haben. An dieser Tatsache kommt kein vernünftiger denkender Mensch vorbei. Diese Regierung kann nur mit dem Zentrum zustande kommen. Eine Regierung mit Zentrumsführung bietet die Gewähr für eine sachliche Politik auf sozialem, innen- und außenpolitischem Gebiet. Mit der Überwindung der großen außen- und innenpolitischen Fragen und Ädnen wird für die Zukunft sichergestellt. Unser Volk will in seiner überlebenden Mehrheit von der Wiederherstellung der Monarchie nichts wissen; es erwartet, daß unter der heutigen Staatsform die wirtschaftliche Wiedergewinnung erstrebt und durchgeführt wird. Das Zentrum als staatsdienliche und staatsdienende Partei darf sich aber dieser Arbeit bestimmt nicht entziehen.

aus den Conflicts des Reichstags, um dem Blatt Hingor der eigenen Courage zu machen. Es steht schon eine Art Versöhnung zwischen Zentrum und Deutschnationalen für eine dem Reichstags nicht gegebene Regelung des Reichstagsordnungs und des Reichstagsgesetzes und erhebt allen Ernstes seine warrende Stimme. Wir gestatten uns ein mitleidiges Schreien.

Nicht nur die „Kölnische Zeitung“, auch andere Volkspartei-Blätter hat die Furcht vor dem „schwarz-blauen Bloß“ befallen. Wir zitieren die „Magdeburger Zeitung“:

„Die Deutschnationalen haben in den letzten Monaten immer als nächstes politisches Ziel die Verschmelzung des Reichstagsgesetzes, unter anderem auch auf dem Gebiet der Reichsordnung, hingestellt. Die Vertreter der liberalen Gedankenwelt werden auf der Wacht sein müssen, daß die künftige Gesetzgebung nicht einseitig im Sinne eines „schwarz-blauen Bloßes“ geht. Wesentlich muß erscheinen, daß die Deutschnationalen, wie verlautet, als Minister präsentieren wollen die Abgeordneten Freiherr v. Stauffenberg, Wallraf und v. Lindener-Wildau. v. Stauffenberg und Wallraf sind Reichstagsmitglieder. Gießer ist es ebenfalls. Dazu kommen noch drei Zentrumsmänner und ein Minister der Reichsfinanzverwaltung. Würde das Kabinett in dieser Ministerialbesetzung zusammengekommen, so würden von elf Ministern sieben Reichstagsmitglieder sein, was die Partei doch reichlich zum Gunsten der protestantischen Mehrheit des Reichstags verhältnißmäßig überwiegt.“

Das Volkspartei-Blatt tritt insofern, als bekanntlich vier Zentrumsmänner, Marx, Brauns, Bock und Kahl, dem vorigen Kabinett angehört haben und zu einer Verschmelzung zu gelangen. Aber entgegenkommen ging so weit, daß sie bereit gewesen wären, für ein neu zu bildendes Direktorium wiederum ein Direktorium aus Mitgliedern der Einzelfraktionen bilden würde. Man würde schließlich sogar von den vier Direktoren einen Sitz den Liberalen zugestehen haben.

Tamit schließt die allgemeine Aussprache. § 1 wird angenommen. Die Einzelberatung wird nach kurzen Bemerkungen der Abg. Frau Heide (Z.) und Dr. Bauer (D.) um 2½ Uhr auf Montag 4 Uhr vertagt.

Die Volkswohlfahrt. Preussischer Landtag.

Die Beratung des Wohlfahrtsausbaus wird bei der allgemeinen Aussprache zum Abschluß. „Volkswohlfahrt“ fortgesetzt. Abg. Dr. Böhm (D. Sp.) ist scharf kritisch, daß im Etat gerade die Volkswohlfahrt so schlecht behandelt sei. Der Finanzminister habe offenbar ein geringes Interesse an der Arbeit für die Volkswohlfahrt. Deshalb habe die Deutsche Volkspartei eine Reihe von Erhöhungen einzelner Etatspositionen beantragt. Wir verlangen Maßnahmen zur Bekämpfung der arbeitslosen Kurpfuscherei, Schaffung einer Zentralstelle für Jugendberufshilfe, Revision der Bestimmungen des Bekämpfungsgesetzes.

Eine Rede des deutschnationalen Abg. von Dryander.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ schrieb am Samstag zum Zentrumsmann, es bringe keine neuen Formeln, aber die andere zur Koalitionsbildung in Aussicht genommene Parteien reichlich zu befragen wäre, und es enthält im übrigen zum Teil Ausführungen, die ein Zusammenwirken in der Form einer bürgerlichen Mehrheitsregierung geradezu empfehlen würden. Solche Zufriedenheit auf deutschnationaler Seite ist gewiß eine Überraschung. Aber sie ist nicht die einzige, die die Zukunft des „Tagenblattes“ begünstigt. Bei aller Begeisterung über die Aussöhnung des Zentrums hat sich das Blatt doch die Mühe gemacht, aus ihr den Teil herauszustreichen, der sich auf die republikanische Staatsform bezieht. So werden die deutschnationalen Referat hingenommen.

Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Deutscher Reichstag.

Bei sehr schwach besetztem Hause wird das Gesetz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten 1926 verabschiedet. Dann wird die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten fortgesetzt. Abg. v. H. (Z.) erklärt, das Zentrum werde dem Gesetz in der Ausschussfassung zustimmen, obwohl nicht alle seine Wünsche erfüllt seien.

Abg. Frau Schröder (Z.) begrüßt es, daß der Gesetzesentwurf endlich dem Vorbehalten einen Ende machen wird. Die Rednerin beantragt, die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten für den Fall beschleunigt zu lassen, daß sie betrieben wird in einer Wohnung, in der Zugewandte zwischen 3 und 18 Jahren wohnen.

Abg. Frau Dr. v. H. (D.) bezeichnet das Gesetz trotz mancher Mängel doch als einen großen Schritt. In den Ausschussberatungen mußte sie festlegen, daß eine Strafbestimmung mit neuen noch nicht vollständig erprobten Mitteln nicht vorgenommen werden darf.

Abg. Frau Neuhaus (Z.) bezeichnet die Fassung des Art. 16, der die Begrenzung mitteilt, als ein Kompromiß, das nicht alle Parteien befriedigen kann. Frau Schröder gegenüber betont die Rednerin, daß Unterschiede zwischen Großstadt und Kleinstadt gemacht werden müssen.

Litauische Gewaltpolitik gegen das Deutschtum.

Auflösung des memelländischen Landtages.

X Memel, 22. Jan. Die für heute Mittag vom Gouverneur einberufene außerordentliche Sitzung des memelländischen Landtages wurde von 11 von 29 Abgeordneten besucht. Da der Landtag beschlußunfähig war, wurde die Sitzung alsbald geschlossen, ohne daß in die Tagesordnung eingetreten wurde.

X Memel, 22. Jan. Der Landtag des Memellandes ist heute abend von dem litauischen Gouverneur Schallaus ausgetrieben worden. Die Auflösung erfolgte auf Antrag des Direktoriums Schallaus-Vorherr-Giesche und wurde durch eine Verfügung des Gouverneurs vollzogen, die gegen 6 Uhr abends dem zweiten Vizepräsidenten des Landtages, Seewald, überreicht wurde. Gründe für diese Maßnahme wurden nicht angegeben. Es ist aber klar, daß sie gegen die deutsche Mehrheit des Memellandes wie des Landtages gerichtet ist. Die Auflösung ist erfolgt, obwohl die Mehrheitsfraktionen des Landtages in der letzten Zeit alles versucht haben, um zu einer Verschmelzung zu gelangen. Aber entgegenkommen ging so weit, daß sie bereit gewesen wären, für ein neu zu bildendes Direktorium wiederum ein Direktorium aus Mitgliedern der Einzelfraktionen bilden würde. Man würde schließlich sogar von den vier Direktoren einen Sitz den Litauern zugestehen haben.

Tamit schließt die allgemeine Aussprache. § 1 wird angenommen. Die Einzelberatung wird nach kurzen Bemerkungen der Abg. Frau Heide (Z.) und Dr. Bauer (D.) um 2½ Uhr auf Montag 4 Uhr vertagt.

Die Volkswohlfahrt. Preussischer Landtag.

Die Beratung des Wohlfahrtsausbaus wird bei der allgemeinen Aussprache zum Abschluß. „Volkswohlfahrt“ fortgesetzt. Abg. Dr. Böhm (D. Sp.) ist scharf kritisch, daß im Etat gerade die Volkswohlfahrt so schlecht behandelt sei. Der Finanzminister habe offenbar ein geringes Interesse an der Arbeit für die Volkswohlfahrt. Deshalb habe die Deutsche Volkspartei eine Reihe von Erhöhungen einzelner Etatspositionen beantragt. Wir verlangen Maßnahmen zur Bekämpfung der arbeitslosen Kurpfuscherei, Schaffung einer Zentralstelle für Jugendberufshilfe, Revision der Bestimmungen des Bekämpfungsgesetzes.

Abg. v. H. (Z.) ist der Ansicht, daß im Gesamtergebn überflüssige Ausgaben sich vermeiden lassen, die besser zur Bekämpfung der Volkswohlfahrt verwendet werden könnten. Er erinnert an die 70 Millionen für die Volkswohlfahrt, an die 30 Millionen für die Polizei und an die Ausgaben für die Jugendberufshilfe, die 10 Millionen betragen. Die Ausgaben für die Jugendberufshilfe sind 10 Millionen, die für die Jugendberufshilfe 10 Millionen. Die Ausgaben für die Jugendberufshilfe sind 10 Millionen, die für die Jugendberufshilfe 10 Millionen.

Abg. Frau Neuhaus (Z.) bezeichnet die Fassung des Art. 16, der die Begrenzung mitteilt, als ein Kompromiß, das nicht alle Parteien befriedigen kann. Frau Schröder gegenüber betont die Rednerin, daß Unterschiede zwischen Großstadt und Kleinstadt gemacht werden müssen.

Deutsches Reich. Volkstraumvertrag.

— Berlin, 22. Jan. In der Sitzung des Ausschusses für die Bekämpfung eines Volkstraumvertrages

Polnische Ausschreitungen gegen Deutsche.

X Reuthen, 22. Jan. Aus Ratibor wird gemeldet: Auf einer Feier von Litauern in Ratibor wurden drei junge Leute von einer Reihe von Litauern überfallen und verprügelt, weil die jungen Leute deutsch sprachen. Ein Arbeiter erhielt dabei nicht weniger als sechs schwere Kopfverletzungen.

Calender in Gletsch.

X Reuthen, 22. Jan. Gestern nahm auf Einladung der litauischen Litauen der Präsident der litauischen Litauen, Kallender, eine Delegation der polnischen Litauen in Gletsch auf. Vorher Besuch der litauischen Litauen in Gletsch auf. Vorher Besuch der litauischen Litauen in Gletsch auf. Vorher Besuch der litauischen Litauen in Gletsch auf.

Verhandlungen über die Ausweisung von Deutschen aus Ostpreußen.

X Berlin, 22. Jan. Wie bereits gemeldet, sind für den Ratibor vier Beamte der litauischen Litauen in Ratibor auf. Wie bereits gemeldet, sind für den Ratibor vier Beamte der litauischen Litauen in Ratibor auf.

Erklärungen Schanghaifolins.

X Paris, 22. Jan. Wie die Agentur „Agence France“ aus Peking meldet, hat Schanghaifolin dem Vertreter einer litauischen Zeitung erklärt, er werde seinen Aufenthalt in der Hauptstadt verlängern und für den Schutz der Ausländer und für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen. Der litauische Schanghaifolin hat sich nicht in der Hauptstadt aufgehalten, sondern hat sich in der Hauptstadt aufgehalten.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der neue Kurs in Süditalien. — Venedig, 22. Jan. Der neue litauische Verbandsleiter der Provinz Venedig erklärte Pressevertretern, daß die litauische Regierung, wie in ihren Bestimmungen, eine aufrichtige Zusammenarbeit mit der litauischen Regierung wünsche.

Die Volkswohlfahrt. Preussischer Landtag.

Die Beratung des Wohlfahrtsausbaus wird bei der allgemeinen Aussprache zum Abschluß. „Volkswohlfahrt“ fortgesetzt. Abg. Dr. Böhm (D. Sp.) ist scharf kritisch, daß im Etat gerade die Volkswohlfahrt so schlecht behandelt sei. Der Finanzminister habe offenbar ein geringes Interesse an der Arbeit für die Volkswohlfahrt.

Die Volkswohlfahrt. Preussischer Landtag.

Die Beratung des Wohlfahrtsausbaus wird bei der allgemeinen Aussprache zum Abschluß. „Volkswohlfahrt“ fortgesetzt. Abg. Dr. Böhm (D. Sp.) ist scharf kritisch, daß im Etat gerade die Volkswohlfahrt so schlecht behandelt sei. Der Finanzminister habe offenbar ein geringes Interesse an der Arbeit für die Volkswohlfahrt.

Die Volkswohlfahrt. Preussischer Landtag.

Die Beratung des Wohlfahrtsausbaus wird bei der allgemeinen Aussprache zum Abschluß. „Volkswohlfahrt“ fortgesetzt. Abg. Dr. Böhm (D. Sp.) ist scharf kritisch, daß im Etat gerade die Volkswohlfahrt so schlecht behandelt sei. Der Finanzminister habe offenbar ein geringes Interesse an der Arbeit für die Volkswohlfahrt.

Die Volkswohlfahrt. Preussischer Landtag.

Die Beratung des Wohlfahrtsausbaus wird bei der allgemeinen Aussprache zum Abschluß. „Volkswohlfahrt“ fortgesetzt. Abg. Dr. Böhm (D. Sp.) ist scharf kritisch, daß im Etat gerade die Volkswohlfahrt so schlecht behandelt sei. Der Finanzminister habe offenbar ein geringes Interesse an der Arbeit für die Volkswohlfahrt.

Die Volkswohlfahrt. Preussischer Landtag.

Die Beratung des Wohlfahrtsausbaus wird bei der allgemeinen Aussprache zum Abschluß. „Volkswohlfahrt“ fortgesetzt. Abg. Dr. Böhm (D. Sp.) ist scharf kritisch, daß im Etat gerade die Volkswohlfahrt so schlecht behandelt sei. Der Finanzminister habe offenbar ein geringes Interesse an der Arbeit für die Volkswohlfahrt.

Die Volkswohlfahrt. Preussischer Landtag.

Die Beratung des Wohlfahrtsausbaus wird bei der allgemeinen Aussprache zum Abschluß. „Volkswohlfahrt“ fortgesetzt. Abg. Dr. Böhm (D. Sp.) ist scharf kritisch, daß im Etat gerade die Volkswohlfahrt so schlecht behandelt sei. Der Finanzminister habe offenbar ein geringes Interesse an der Arbeit für die Volkswohlfahrt.

Die Volkswohlfahrt. Preussischer Landtag.

Die Beratung des Wohlfahrtsausbaus wird bei der allgemeinen Aussprache zum Abschluß. „Volkswohlfahrt“ fortgesetzt. Abg. Dr. Böhm (D. Sp.) ist scharf kritisch, daß im Etat gerade die Volkswohlfahrt so schlecht behandelt sei. Der Finanzminister habe offenbar ein geringes Interesse an der Arbeit für die Volkswohlfahrt.

Englische Truppenfendungen nach China.

X London, 22. Jan. Wie das Kriegsamt mitteilt, sind vier Bataillone aus England nach China abkommandiert worden, nachdem sie durch Japan, die der Armee auf Korea abkommandiert worden sind.

Englische Truppenfendungen nach China.

Die englischen Truppenfendungen nach China sind abkommandiert worden, nachdem sie durch Japan, die der Armee auf Korea abkommandiert worden sind.

Englische Truppenfendungen nach China.

Die englischen Truppenfendungen nach China sind abkommandiert worden, nachdem sie durch Japan, die der Armee auf Korea abkommandiert worden sind.

Englische Truppenfendungen nach China.

Die englischen Truppenfendungen nach China sind abkommandiert worden, nachdem sie durch Japan, die der Armee auf Korea abkommandiert worden sind.

Englische Truppenfendungen nach China.

Die englischen Truppenfendungen nach China sind abkommandiert worden, nachdem sie durch Japan, die der Armee auf Korea abkommandiert worden sind.

Englische Truppenfendungen nach China.

Die englischen Truppenfendungen nach China sind abkommandiert worden, nachdem sie durch Japan, die der Armee auf Korea abkommandiert worden sind.

Englische Truppenfendungen nach China.

Die englischen Truppenfendungen nach China sind abkommandiert worden, nachdem sie durch Japan, die der Armee auf Korea abkommandiert worden sind.

Englische Truppenfendungen nach China.

Die englischen Truppenfendungen nach China sind abkommandiert worden, nachdem sie durch Japan, die der Armee auf Korea abkommandiert worden sind.

Englische Truppenfendungen nach China.

Die englischen Truppenfendungen nach China sind abkommandiert worden, nachdem sie durch Japan, die der Armee auf Korea abkommandiert worden sind.

Englische Truppenfendungen nach China.

Die englischen Truppenfendungen nach China sind abkommandiert worden, nachdem sie durch Japan, die der Armee auf Korea abkommandiert worden sind.

Englische Truppenfendungen nach China.

Die englischen Truppenfendungen nach China sind abkommandiert worden, nachdem sie durch Japan, die der Armee auf Korea abkommandiert worden sind.

Englische Truppenfendungen nach China.

Die englischen Truppenfendungen nach China sind abkommandiert worden, nachdem sie durch Japan, die der Armee auf Korea abkommandiert worden sind.

Englische Truppenfendungen nach China.

X London, 22. Jan. Wie das Kriegsamt mitteilt, sind vier Bataillone aus England nach China abkommandiert worden, nachdem sie durch Japan, die der Armee auf Korea abkommandiert worden sind.

Englische Truppenfendungen nach China.

Die englischen Truppenfendungen nach China sind abkommandiert worden, nachdem sie durch Japan, die der Armee auf Korea abkommandiert worden sind.

Englische Truppenfendungen nach China.

Die englischen Truppenfendungen nach China sind abkommandiert worden, nachdem sie durch Japan, die der Armee auf Korea abkommandiert worden sind.

Englische Truppenfendungen nach China.

Die englischen Truppenfendungen nach China sind abkommandiert worden, nachdem sie durch Japan, die der Armee auf Korea abkommandiert worden sind.

Englische Truppenfendungen nach China.

Die englischen Truppenfendungen nach China sind abkommandiert worden, nachdem sie durch Japan, die der Armee auf Korea abkommandiert worden sind.

Englische Truppenfendungen nach China.

Die englischen Truppenfendungen nach China sind abkommandiert worden, nachdem sie durch Japan, die der Armee auf Korea abkommandiert worden sind.

Englische Truppenfendungen nach China.

Die englischen Truppenfendungen nach China sind abkommandiert worden, nachdem sie durch Japan, die der Armee auf Korea abkommandiert worden sind.

Englische Truppenfendungen nach China.

Die englischen Truppenfendungen nach China sind abkommandiert worden, nachdem sie durch Japan, die der Armee auf Korea abkommandiert worden sind.

Englische Truppenfendungen nach China.

Die englischen Truppenfendungen nach China sind abkommandiert worden, nachdem sie durch Japan, die der Armee auf Korea abkommandiert worden sind.

Englische Truppenfendungen nach China.

Die englischen Truppenfendungen nach China sind abkommandiert worden, nachdem sie durch Japan, die der Armee auf Korea abkommandiert worden sind.

Englische Truppenfendungen nach China.

Die englischen Truppenfendungen nach China sind abkommandiert worden, nachdem sie durch Japan, die der Armee auf Korea abkommandiert worden sind.

Englische Truppenfendungen nach China.

Die englischen Truppenfendungen nach China sind abkommandiert worden, nachdem sie durch Japan, die der Armee auf Korea abkommandiert worden sind.